

# Antrag P10: Konsequenzen aus dem Bundestags-Wahlergebnis ziehen - jetzt umsteuern!

Antragsteller\*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 Das Ergebnis der Bundestagswahl 2021 ist für die Partei DIE LINKE katastrophal. Das  
2 Profil der Partei ist in den vergangenen Jahren zunehmend unscharf geworden. Für eine  
3 starke LINKE ist es nötig, dass die Partei ihr Profil klärt und stets deutlich macht,  
4 dass sie eine konsequente Interessenvertretung der Arbeitenden und der sozial  
5 Benachteiligten und ihrer Familien ist. Dazu gehören selbstverständlich Menschen  
6 jeglichen Geschlechts und sexueller Orientierung und in zunehmendem Maße Menschen mit  
7 Migrationsgeschichte.

## 8 **Profil und Arbeitsweise der Partei DIE LINKE erneuern**

9 Zunehmend erscheint DIE LINKE vielen als eine politische Kraft, die vor allem  
10 Anliegen kleiner linker und Bewegungs-Milieus in größeren Städten und dabei  
11 einseitige und/oder überzogene Positionen vertritt. Eine Verankerung in den  
12 Lebenswelten der „einfachen Leute“, der Berufstätigen und Familien, der „Normalos“,  
13 die hauptsächlich andere Probleme und Aktivitäten haben als politische im engeren  
14 Sinne, gibt es immer weniger. Das entspricht in diesen Städten in zunehmendem Maße  
15 auch der Zusammensetzung und den Prioritäten der Aktiven. Viele v.a. der in den  
16 letzten Jahren neu hinzugekommenen Mitglieder und Aktiven kommen aus studentischen  
17 oder "Szene"-Milieus und haben wenig Bezug zu Alltagsproblemen von breiten Schichten  
18 der Bevölkerung.

19 Notwendig ist eine sozialistische Massenpartei, die in der arbeitenden Klasse, den  
20 breiten Schichten des Volkes, in Stadt und Land, bei Jung und Alt, bei allen  
21 Geschlechtern, bei Einheimischen wie Eingewanderten verankert ist. Um diesem Ziel  
22 näher zu kommen, muss DIE LINKE verbindend und vereinheitlichend wirken - über  
23 kulturelle und Differenzen in einzelnen politischen Haltungen hinweg. Wirklich  
24 verbindende Klassenpolitik bedeutet die Betonung der gemeinsamen Interessen im Sinne  
25 der Solidarität und gleichen Rechte und Chancen aller hier lebenden Menschen, der  
26 ökologischen Nachhaltigkeit, des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit. Es  
27 geht um gemeinsame Politik und Machtzuwachs für die Entrechteten, gegen die  
28 alltäglichen Zumutungen und die Politik des Kapitals und der Superreichen, gegen  
29 Rassismus, Sexismus, Wohnungsnot, Kriminalität und Gewalt. Das unterschiedslose  
30 Aufeinandertürmen von Maximalforderungen aus allen Einzelgruppen und Bewegungen  
31 verbunden mit der Anforderung, alle müssten immer alle diese Positionen vertreten und  
32 wer dies nicht tut, darf nicht dabei sein, erschwert die Bildung breiter Bündnisse,  
33 starker Bewegungen und einer erfolgreichen LINKEN.

34 DIE LINKE darf sich und erst recht ihre Wähler:innenschaft nicht auf aktivistische  
35 und radikale Kerne verengen, sondern muss möglichst viele „normale“ Menschen  
36 ansprechen und für Unterstützung und Mitarbeit gewinnen. Dazu braucht es auch  
37 populäre Persönlichkeiten, die in Talkshows ein Millionenpublikum erreichen und eine  
38 konstruktive Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte in unserer Partei.

39 DIE LINKE muss eine Partei sein, in der auch Menschen aktiv sein und Funktionen und  
40 Mandate übernehmen können, deren Leben nicht primär aus politischer Aktivität  
41 besteht, sondern für die Arbeit, Familie oder auch andere Tätigkeiten wichtiger sind.  
42 Sie braucht eine Verankerung in und Verbindung zu all den Bereichen, in denen die  
43 Menschen tätig sind: Betriebe, Bildungseinrichtungen, Initiativen und Bewegungen,  
44 Verbänden, örtlichen Vereinen usw. Sie muss eine Parteikultur entwickeln, die neben

45 inhaltlichen Debatten und „Sitzungssozialismus“ Aktionen durchführt, an denen sich  
46 viele beteiligen können und die auch Möglichkeiten für Geselligkeit bietet. In dieser  
47 Partei mitzuwirken soll Freude an der freien Entwicklung aller bedeuten und einen  
48 klaren Gebrauchswert haben.

49 Um mehr Erwerbstätige als Mitglieder zu gewinnen, muss außerdem die Beitragstabelle  
50 überarbeitet bzw. die Mitgliedsbeiträge für Gering- und Normalverdiener gesenkt  
51 werden.

52 Auseinandersetzungen zwischen Personen und Parteiflügeln um den richtigen Kurs gibt  
53 es in nahezu jeder Partei. Doch diese müssen auf eine Weise geführt werden, die nicht  
54 ausgrenzt und spaltet und die auf persönliche Angriffe und Diffamierungen verzichtet.  
55 Wir setzen uns dafür ein, hier einen Neuanfang zu starten und ungeachtet politischer  
56 Differenzen in einzelnen Punkten respektvoll und konstruktiv zusammenzuarbeiten und  
57 dies vor allem auch öffentlich zu demonstrieren.

58 Parteitage sollten daher nicht von Mandatsträger:innen und bezahlten  
59 Mitarbeiter:innen aus Partei, Fraktion oder Stiftung dominiert werden, wenn sich  
60 kollektive Vernunft durchsetzen soll - hier wie bei der Besetzung von Vorständen -  
61 muss über eine Quotierung zugunsten der ehrenamtlich tätigen Mitglieder nachgedacht  
62 werden.

### 63 **Opposition gegen die Ampelkoalition, gegen Krieg und gegen Kapitalismus**

64 Die Parteien der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP verfolgen ein gemeinsames  
65 Projekt einer öko-kapitalistischen und nur halbwegs sozial abgefederten  
66 Modernisierung. Verbunden wird es mit politischer Formierung und Verengung des als  
67 legitim berücksichtigten Meinungsspektrums insbesondere in der Außenpolitik. Für DIE  
68 LINKE ist bei diesem Projekt kein Platz, sie wird nicht gewollt. Und sie darf da auch  
69 nicht mitmachen (wollen), sondern muss dagegen auf ihren sozialen und politischen  
70 Ansprüchen beharren und Druck von unten organisieren. Die Position und Aufgabe der  
71 LINKEN ist daher notwendigerweise auf Bundesebene auf absehbare Zeit, aller  
72 Voraussicht nach über die laufende Legislaturperiode erheblich hinaus, in der  
73 Opposition. Diese Rolle muss sie bewusst und offensiv annehmen und entsprechend  
74 agieren, im Bundestag und als Partei in der Gesellschaft.

75 DIE LINKE muss die Chancen nutzen, Wähler:innen zurückzugewinnen, die von der Politik  
76 von SPD und GRÜNEN in der Regierung enttäuscht sind oder noch enttäuscht werden. Und  
77 sie muss verstärkt jene wachsende Gruppe von Menschen ansprechen, die sich von keiner  
78 Partei mehr vertreten fühlen. Schon jetzt dürfte bei vielen die Freude über die  
79 Erhöhung des Mindestlohns von Sorgen angesichts steigender Preise für Energie,  
80 Lebensmittel u.a. abgelöst worden sein. DIE LINKE kann sich hier als Partei  
81 profilieren, die gegen höhere Preise für Grundbedürfnisse kämpft und das Geld von  
82 Kriegsprofiteuren einsammeln will. In den kommenden Jahren werden sich die  
83 Verteilungsauseinandersetzungen weiter verschärfen. Die geplante Aufrüstung, die  
84 Steuerausfälle, die Kosten der Corona-Krise sowie der anstehenden beschleunigten  
85 Reduzierung der CO2-Freisetzung (Dekarbonisierung) werden letztlich immer wieder zwei  
86 Alternativen präsentieren: höhere Steuern (aber sicher nicht für Superreiche) oder  
87 Ausgabenkürzungen – zumal die Schuldenbremse weiter gilt. Für dringend nötige  
88 Investitionen in die soziale Infrastruktur (d.h. mehr Personal in Krankenhäusern &  
89 Pflege, Schulen & Kitas, bezahlbare Wohnungen, ÖPNV usw. usf.) wird kein oder viel zu  
90 wenig Geld da sein.

91 Ökologischer Umbau wird zu neuen sozialen Ausgrenzungen/Belastungen für die normalen  
92 Bürger:innen führen. Hier darf DIE LINKE die herrschende Politik nicht nur wegen  
93 ihrer ökologischen Unzulänglichkeit kritisieren (das auch), sondern muss vor allem  
94 die Anforderung der sozialen Gestaltung und Gerechtigkeit in den Vordergrund stellen  
95 – und ihre Eigenständigkeit betonen. Das bedeutet also: den Schutz oder angemessenen

96 Ersatz für verloren gehende Arbeitsplätze und Ausgleich finanzieller Belastungen  
97 besonders für Menschen mit niedrigen Einkommen und mit unvermeidlichen Mehrausgaben  
98 in den Vordergrund stellen. Der Umbau darf nicht den Einzelnen aufgelastet oder dem  
99 Markt überlassen werden, sondern erfordert einen demokratisch gesteuerten Umbau von  
100 Produktion und Infrastrukturen. Dazu gehört auch die erhebliche Stärkung der  
101 Gewerkschaften, der Tarifverträge und der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten.

102 Gleichzeitig werden die Rentenversicherung sowie die Kranken- und die  
103 Pflegeversicherung zunehmende Aufwendungen erfordern, zumal aus sozialer Sicht höhere  
104 Renten und bessere Leistungen der Pflegeversicherung erforderlich sind. Vor diesem  
105 Hintergrund ist eine erneute neoliberale Offensive für die Begrenzung und  
106 Privatisierung von Leistungen und Beitragsätzen sowie eine weitere Erhöhung des  
107 Renteneintrittsalters zu erwarten. Hier kann und muss sich DIE LINKE als konsequent  
108 soziale Kraft profilieren, die für Verbesserungen statt Abbau von Leistungen, die  
109 Einbeziehung aller in die gesetzlichen Sozialversicherungen und für gerechte  
110 Finanzierung eintritt. Sie muss dazu auch ihre Argumentationsfähigkeit bzw. die ihrer  
111 Mitglieder stärken.

112 DIE LINKE verurteilt ganz klar und unmissverständlich den Angriffskrieg Russlands  
113 gegen die Ukraine und setzt sich für eine schnellstmögliche Beendigung des Krieges  
114 und den Rückzug der russischen Truppen ein. Sie muss aber auch weiterhin gegen eine  
115 Politik der Konfrontation und Aufrüstung eintreten und für Frieden und Entspannung,  
116 Abrüstung und internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung der globalen Probleme  
117 (Klimawandel und Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen, Armut und  
118 Unterentwicklung, Kriege und Bürgerkriege, Vertreibung und Flucht) eintreten. Sie  
119 muss die Heuchelei und Doppelstandards der westlichen Politik angreifen, die von  
120 Menschenrechten redet, aber in Wirklichkeit wirtschaftliche und geopolitische  
121 Dominanzinteressen vertritt. Militärinterventionen und Waffenexporte müssen weiter  
122 konsequent abgelehnt werden. Es muss hier darum gehen, am Aufbau einer wieder starken  
123 Friedensbewegung mitzuwirken und politischen Druck für eine friedliche und  
124 solidarische Außenpolitik Deutschlands und der EU zu entwickeln.

125 Wenn wir uns jetzt nicht zerlegen und die richtigen Schwerpunkte setzen, werden wir  
126 wieder an Zuspruch gewinnen können. Gleichzeitig werden wir diskutieren müssen, wie  
127 wir unsere Interessenvertretungs- und Reformpolitik im Kapitalismus und für eine  
128 sozial-ökologische Transformation überzeugender als bisher verbinden mit marxistisch  
129 fundierter Kapitalismuskritik und mit einer übergreifenden Erzählung. Der Erzählung  
130 vom Kampf für den Aufbau einer besseren, menschlicheren, demokratisch-sozialistischen  
131 Gesellschaft, die die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet.